



# Bethmann Hollweg im Kreuzverhör.

Die Äußerungen eines neutralen Ministers. — Der „verhängnisvolle“ Entschluß. — Eine Entscheidung mußte fallen. Die Wirkungen des U-Boot-Krieges. — Bethmann Hollweg wird unwillig.

(Eigener drahtlicher Nachrichtendienst der „Saale-Zeitung“.)

Im weiteren Gange der Verhandlungen, über deren Anfang wir bereits in unserer Nachmittags-Ausgabe berichtet haben, legte

Vorsitzender W a r m u t h: Ihre Stellung legte Ihnen eine harte Befehlsfrage?

Graf B e r n s t o r f f: Ich dürfte nicht an die Öffentlichkeit gezogen werden.

Vorsitzender W a r m u t h: Was es nicht unterirdisch möglich, Einfluß auszuüben gegen die ungunstigen englischen Pressenachrichten? Es haben doch auch zahlreiche Presseveranstaltungen der Deutsch-Amerikaner stattgefunden.

Graf B e r n s t o r f f stellt fest, daß das Mögliche getan wurde.

Auf eine Anfrage Dr. S i n z h e i m e r s über die Haltung der amerikanischen Presse

zur Friedenssanktion Wilsons erklärte

Graf B e r n s t o r f f, daß Wilson wiedergewählt wurde unter der Parole, daß er das Land vom Kriege ferngehalten habe. Unter der Oberfläche war verbreitet worden, daß er versagen würde, den Frieden wiederherzustellen. Daß die gesamte Presse war damals damit einverstanden, daß Wilson diesen Versuch machte, besonders die Geschäftsleute.

Abg. Dr. S i n z h e i m e r: Staatssekretär Zimmermann hat erklärt, die amerikanische Presse habe unter englischem Einfluß. Auch Hindenburg hat sich so geäußert.

Graf B e r n s t o r f f: In Amerika herrschte die genaue entgegengesetzte Anschauung. Als Wilson mit seiner Friedenssanktion hervorritt, entstand durchweg die Anschauung, daß dies unter deutschem Einfluß geschähe sei.

Staatssekretär Z i m m e r m a n n verweist auf den Bericht eines Gelehrten, der eine

Untersuchung mit einem neutralen Minister hatte. Danach erklärte der Minister, daß der Schritt Wilsons dahin gedient werde, daß er den Zweck verfolgte, die Zentralmächte im Interesse Englands zur Beantwortung ihrer Bedingungen zu zwingen. Für derartige Minderheiten, betonte der Minister, wünsche er sich nicht vorzunehmen zu lassen. Auf dieser Grundlage läßt ich meine Ansicht.

Professor Dr. D i e t r i c h S c h a e f e r: In einem Bericht eines englischen Agenten vom Juli oder August 1916 an Grey wird gesagt, daß man in England dafür sorgen müsse,

einen neuen Zustandsfall zu schaffen. Das würde dazu beitragen, die von einer Neigung für Deutschland durchgeführte amerikanische Stimmung in die entgegengesetzte Richtung zu treiben.

Graf B e r n s t o r f f: Ich bin sehr überzeugt, daß die Engländer seit der Aufnahme nichts anderes gewünscht haben, als möglichst bald einen neuen Zustandsfall zu bekommen. Ihre ganze Politik war darauf gerichtet, Amerika in den Krieg hineinzuziehen. Das Hauptziel meiner Politik war, unter allen Umständen Amerika dem Kriege fernzuhalten.

Abg. G o t t h e i n: Staatssekretär Zimmermann bemerkt sich auf eine Unterhaltung eines unserer Gelehrten mit einem neutralen Minister. Dieser Bericht ist aber vom 24. Dezember datiert, während Herr Zimmermann wesentlich früher schon Stellung genommen hatte. Ich bitte die Herren zu antworten.

Staatssekretär Z i m m e r m a n n: Ich hatte dieselben Empfindungen, wie sie der Minister zum Ausdruck gebracht hatte, bereits früher. Wann aber sollte ich mich darüber geäußert haben? (Vorsitzender W a r m u t h: Februar 1917.) Das war doch erheblich später!

Abg. G o t t h e i n: Die Informationen für die Presse sind bereits vor dem 24. Dezember erfolgt.

Staatssekretär Z i m m e r m a n n: Die Aktion Wilsons war damals noch gar nicht erfolgt. Bei der Information der Presse habe ich diejenigen Mittel gewählt, die mir tatsächlich richtig erschienen, um sie zu einem Eintritt für unsere Aktion zu veranlassen. Es handelte sich wie ich gestern ausgeführt habe, um ein rein taktisches Manöver. Ein Widerspruch ist daraus nicht zu konstruieren.

Abg. Dr. S i n z h e i m e r: In den Berichten jenes auswärtigen Staatsmannes, auf den Sie sich stützen, heißt es unter dem 22. Dezember: Die amerikanische Note, die heute mittig bekannt wurde, hat überall überfallen. Die Äußerungen der englischen Presse beweisen, wie unangenehm der Schritt des Präsidenten bei den Alliierten empfunden wurde. Für besonders beachtenswert hält Herr... die Erklärung, die Zankung in Ergänzung der Note abgegeben hat. Der betreffende Herr hat außerdem zusätzlich erklärt: Wenn man sich nur etwas mehr auf die Vereinigten Staaten verlassen könnte... (Staatssekretär Zimmermann: Höre, höre!) Und, wenn die Vereinigten Staaten nicht schon so oft enttäuscht hätten... (Staatssekretär Zimmermann: Höre, höre!) War die Äußerung Vanings wesentlich als eine Drohung an die Presse der Alliierten aufzufassen?

Staatssekretär Z i m m e r m a n n: Ich habe die Unterredung mit der Presse am 12. Dezember gehabt. Ich habe da meinen getrigen Standpunkt vertreten. Mir liegt nur ein Telegramm vom 22. Dezember vor, das zum Friedensschritt Wilsons Stellung nimmt. Das wurde die Ansicht, daß

Stets angebracht

sei, unterirdisch: Wenn man sich etwas mehr auf die Vereinigten Staaten verlassen könnte... und wenn die amerikanische Regierung nicht so oft enttäuscht hätte. Das ist eine Behauptung, das meine Stets gegenüber dem Friedensschritt des Präsidenten Wilson angebracht war.

Abg. Dr. S i n z h e i m e r: Meine Frage ist doch noch nicht geklärt.

Staatssekretär Z i m m e r m a n n: Im Februar überlag ich die Sendung vollkommen.

Abg. Dr. S i n z h e i m e r: Wie werde Ihnen Ihre Äußerung nachher vorlesen. (Staatssekretär Zimmermann: Bitte!) Warum wurde gerade damals der Friedensschritt Wilsons

von den französischen Nationalisten, Clemenceau usw., lebhaft bekämpft?

Staatssekretär Z i m m e r m a n n: Ich kenne die Gründe, die Herren Clemenceau und andere Nationalisten bewegten, natürlich nicht. (Beifall.) Ich kann nur Vermutungen äußern.

Auf Fragen des Abg. Dr. C o h n gibt Graf B e r n s t o r f f dann nochmals Auskunft über die Beziehungen der Bottschaft in Washington zum deutschen Generalkonsulat in New York.

Minister D a v i d: Aus welchen Gründen hat Staatssekretär Zimmermann geklagt, anzunehmen zu können, daß die Friedenssanktion Wilsons von England angeregt worden sei? In England waren kurz vorher Grey und Asquith kaltegetrieben worden. Lloyd George war zur Herrschaft gelangt. Dieser Vorgang wurde darauf zurückgeführt, daß

beide mit dem Gedanken eines Friedens ohne Sieg gespielt

hätten, während Lloyd George den Krieg bis zur Niederwerfung Deutschlands forcieren wollte. Er hielt damals seine bekannte Rede. Darin sagte er etwa: Man hüte sich vor jeder Intervention auf Seiten der Neutralen. Die Stunde sei dafür noch nicht gekommen. Wir in Deutschland haben das ausgefaßt als

eine Warnung an Wilson

und waren der Überzeugung, daß der Sturz Greys und Asquiths keine neuen Grund darin, daß sie ihrerseits eine Intervention von Amerika genehmigen würden. Der Zustand der Dinge sprach aber gegen die Annahme, daß Lloyd George Wilson etwa zu einer Friedenssanktion veranlassen wollte. Die

Auffassung des Staatssekretärs Zimmermann ist von ungeheurer Tragweite,

weil sie von Generalfeldmarschall Hindenburg geteilt wurde, wie aus einem Telegramm hervorgeht. Sie widerspricht auch den Tatsachenstand, daß Wilson tatsächlich von uns zur Friedenssanktion angeregt worden sei. Das wissen wir in. Darum ist es um so überraschender, wenn der Generalfeldmarschall sich in seiner Auffassung geirrt hat, daß Lloyd George die Friedenssanktion angeregt habe. Ich frage: Welche

Gründe hat der Generalfeldmarschall, daß die Friedenssanktion Wilsons von der deutschen politischen Zeitung angeregt worden war?

Ahnung M ä l l e r: Es sind hier Vorgänge in neutralen Staaten berührt worden. Es ist hier auf die Veröffentlichung aus diesen Staaten Bezug genommen worden. Und es sind nicht unrichtige Schlüsse möglich. Deshalb bitte ich, von einer Erwähnung dieser Dinge in öffentlicher Sitzung abzusehen.

Vorsitzender W a r m u t h: Der Ausschuh trägt die Bitte vor, die Erwähnung (Widerstand des Abg. Cohn, sowie des Abg. Sinzheimer.)

Vorsitzender W a r m u t h: Ihre Bedenken sind zutreffend. Es können Schlüsse auf einen bestimmten neutralen Staat gezogen werden. Infolgedessen

schließe ich zur Erledigung dieser Fragen die

Debatte ab.

Nach Wiederaufnahme der Öffentlichkeit sprach zunächst Professor D i e t r i c h S c h a e f e r: Warum wurden die Freiberger gegen Professor Münterberg durch alle proenglischn Elemente in Szene gesetzt?

Graf B e r n s t o r f f: Bis zum Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg wurde von der Entente mit allen zur erdenklichen Mitteln gearbeitet, um Münterberg aus den Vereinigten Staaten herauszubringen. Jede persönliche Verunglimpfung mußte dazu dienen. Allerdings will ich nicht so weit gehen, zu behaupten, daß Professor

Münterberg von englischen Agenten umgebracht worden ist. Er ist einem Schlaganfall erlegen. Tatsache ist aber, daß er gesellschaftlich und politisch, wie wir alle, bostottiert wurde.

Professor D i e t r i c h S c h a e f e r: In die Möglichkeit eines gewalttätigen Endes des Professor Münterberg habe ich bis zu diesem Augenblick gar nicht gedacht. Aber ich entsinne mich jetzt der Stelle aus dem Berichte eines englischen Agenten über Münterberg, dem Münterberg jetzt unter allen Umständen etwas unternehmen.

Abg. Dr. S i n z h e i m e r: Staatssekretär Zimmermann hat davon gesprochen, daß die Wilson-Note unter englischem Einfluß und mit englischem Einverständnis erlassen worden ist. Stellen Sie sich auch auf diesen Standpunkt?

Graf B e r n s t o r f f: Nein! Immerhin ist es möglich, daß vorher bei England Erkundigungen eingehoben worden sind. Das habe ich, wie gesagt, für möglich. Ich habe aber den Eindruck, daß die

Friedensnote Wilsons England außerordentlich annehmbar

war.

Abg. S i n z h e i m e r: Im Mai 1916 hat im Reichstag des Innern eine Konferenz der Pressevertreter stattgefunden über die Sussex-Note. Von Teilnehmern dieser Konferenz wird berichtet, daß Staatssekretär Zimmermann auch hier eine scharfe Äußerung über

Wilson gemacht hat. Sie sollte gelautet haben: Ueber die Provokationen und

Freiheiten Wilsons

ist kein Wort zu verlieren, aber wir haben ihm die Waage vom Gesicht gerissen.

Staatssekretär Z i m m e r m a n n: Das ist mir nicht einmündig. Ich glaube nicht, daß ich in Anwesenheit so vieler Herren von der Presse eine solche Äußerung gemacht habe.

Vorsitzender W a r m u t h: Sie kämen nunmehr zu den Gründen, über den

Nichtempfang des Amerika Bernstorff nach seiner Rückkehr aus Amerika durch den Kaiser?

Herr von B e t h m a n n H o l l w e g: Das ist doch gegenüber den bisherigen hochpolitischen Verhandlungen mehr epideemisch.

Vorsitzender W a r m u t h: Doch nicht ganz, Ergelien.

Herr von B e t h m a n n H o l l w e g: Die Ankunft des Grafen Bernstorff wurde dem Kaiser sofort gemeldet und der Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier beauftragt sofort den persönlichen Empfang des Botchafters durch den Kaiser. Außerdem aber habe ich dem Kaiser eingehenden Vortrag über das gehalten, was Graf Bernstorff mir berichtet hatte.

Der Kaiser war also vollständig unterrichtet.

Vorläufige über unter weiteren Verhältnis gegenüber Amerika hatte mit Graf Bernstorff nicht gemacht und auch nicht zu machen. Infolgedessen lag auch keine politische Veranstaltung vor, auf einen förmlichen Empfang zu drängen. In solche früheren Beziehungen oder aus anderen Ursachen sonst der Empfang hat verzögert hat, darüber vermag ich abschließende Auskunft nicht zu geben. Jedenfalls habe ich heute noch unter dem Eindruck, daß die Veröffentlichung des Empfanges

auf den politischen Gang der Dinge keinen Einfluß geübt hat.

Abg. Dr. C o h n: Welchen Eindruck hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf B e r n s t o r f f: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranstaltung mehr hatte, auf Einzelheiten einzugehen. Ich kann mich aber nicht erinnern, daß bei dieser Unterredung irgend etwas gesagt worden wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Herr W a r m u t h: Wir kommen nunmehr zu der wichtigen Frage des rüchtholischen U-Bootkrieges

und zu den Gründen, welche maßgebend waren. Ich halte den Zeugen Herrn v. B e t h m a n n H o l l w e g die Denkschrift vom 29. Februar 1916 vor, in der er als wesentliche Gründe gegen den rüchtholischen U-Bootkrieg ausführt. Es kommt da vornehmlich die Anschauung zum Ausdruck, die Admiral von S o l z e n b e r g und der Staatssekretär von T i r p i c h vertreten. In der Denkschrift wird auf die

Gefährdung der in neutralen Häfen liegenden deutschen Handelstouren

hingewiesen. Es wird zugerechnet, daß England durch den U-Bootkrieg in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten würde, aber behauptet, daß die Schwierigkeiten keine entscheidende Wirkung haben könnten. Es wird der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß für eine gänzliche Absperrung Englands die beschrankte Zahl der deutschen U-Boote und ihr Aktionsradius nicht ausreichen würde. Es wird ausgeführt, daß das Neg, das man um England ziehen könnte, zu großmächtig wäre. Man müsse seiner verlässlichen, daß für die Ernährung Englands ist sich vier Schiffe mittlerer Größe genügen, so daß an eine Unterbrechung nicht zu denken lie. Jedenfalls würde der U-Bootkrieg England noch nicht entscheidend schaden, zumal wenn England alles eplere. Es behauptet, daß die

Gefährdung der in neutralen Häfen liegenden deutschen Handelstouren

bedeutet eine starke moralische Unterstützung der Feinde und eine Stärkung ihrer Energieverhältnisse. Ferner verweist die Denkschrift auf die Möglichkeit einer sicheren Spannung mit den Bundesgenossen und auf die erprobten Materialleistungen, die Amerika nach dem Eintritt in den Krieg der Entente zur Verfügung stellen würde. Alle diese Bedenken liegen dem U-Bootkrieg als eine Maßnahme entgegen, nur der dringend gemacht werden müsse. Weiter haben Herr (zu Bethmann Hollweg)

in Charlevoix eine Unterredung mit dem Kaiser gehabt und dabei diese Denkschrift vorgelesen. Sie haben Ihre Bedenken gegen den U-Bootkrieg vorgelesen im Gegenstand mit General von Falkenberg, der dabei war. Der Kaiser erwiderte damals, daß die Fack unserer U-Boote nicht genüge, um England niederzuzwingen. Er verweise auch auf die Möglichkeit eines Frages mit Amerika, auf den nach Erschwerung des U-Bootkrieges sicher gestärkten Willen Englands, auch das letzte Geld herzugeben. Weiter hat am 31. August 1916

im Schloß zu Ploß

wiederum unter Vorsitz des Kaisers eine Konferenz stattgefunden, an der alle maßgebenden Zivil-, Militär- und Marineoberbefehlshaber teilgenommen haben. Auch aus diesem Protokoll geht

die Gegenständlichkeit der Auffassungen

zwischen den zivilen und den militärischen Marinekreisen hervor. Es brechen zum Ausdruck, daß Sie in Aussicht genommen hätten, den Reichstag einzuberufen, daß die Partei sich selbst Gedanken gemacht hätten, daß Sie aber nicht umhin gekommen hätten, sich dementsprechend der Parteien zusammenzubereiten. Dabei wurde insbesondere die Frage des rüchtholischen U-Bootkrieges angesprochen. Sie erklärten, daß Sie dabei abgesehen werden, daß die Frage sei von allen beteiligten Instanzen möglicherweise geprüft, daß man aber im Hinblick auf die Kriegslage dazu gekommen wäre, die Entscheidung zu vertagen,



